



Kleine Anfrage

Yanki Pürsün (Freie Demokraten)

Beteiligung beim Bahnhofsviertelgipfel

Vorbemerkung:

Der Gipfel vom 25. Juni 2026 wurde als Schulterschluss von Land und Stadt dargestellt. Anwohnerinnen, Gewerbetreibende und Eigentümer kritisieren, dass über ihre Lage gesprochen wurde, ohne sie einzubinden. Die Landesregierung und der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt haben im Anschluss an das Spitzengespräch ein „Sofortprogramm für den Sommer 2026“ vorgestellt, das unter anderem eine neue Polizeiwache, Drug-Checking und eine Substitutionsstudie für Crack umfasst. Laut Pressemitteilung der Landesregierung wurden zu dem Treffen „Innenminister Roman Poseck und Oberbürgermeister Mike Josef mit den ressortzuständigen Staatssekretärinnen sowie Dezernentinnen und einem Dezernenten“ eingeladen. Eine strukturierte Beteiligung der unmittelbar betroffenen Bevölkerung – Anwohnerinnen, Gewerbetreibende und Eigentümer – ist aus keiner offiziellen Verlautbarung ersichtlich. Die Eigentümerinitiative Bahnhofsviertel hatte zusammen mit der IHK Frankfurt am Main und der Frankfurt Hotel Alliance bereits im Februar 2026 einen 13-Punkte-Plan an alle Fraktionen im Frankfurter Römer übermittelt und darin ausdrücklich einen kontinuierlichen, ergebnisorientierten Austausch mit Wirtschaft, Eigentümern, Sozialträgern und weiteren Akteuren gefordert. Diese Forderung nach einem strukturierten Beteiligungsformat wurde im Rahmen des Gipfels offensichtlich nicht aufgegriffen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Personen und Institutionen wurden zum Spitzengespräch vom 25. Juni 2026 eingeladen, und welche nahmen tatsächlich teil?
2. Welche Anwohnervertretungen, Eigentümerinitiativen und Gewerbevereinigungen aus dem Bahnhofsviertel wurden zur Vorbereitung oder Teilnahme eingeladen?
3. Welche Suchthilfeträger und Fachverbände waren beteiligt?
4. Welche schriftlichen oder mündlichen Beschwerden und Eingaben von Anwohnenden und Gewerbetreibenden lagen der Landesregierung im Vorfeld vor?
5. Aus welchen Gründen fand keine systematische Beteiligung der unmittelbar betroffenen Bevölkerung statt?
6. Wie bewertet die Landesregierung das Fehlen eines strukturierten Beteiligungsformats angesichts der seit Jahren anhaltenden Problemlage?
7. Wann und in welchem Format plant die Landesregierung ein Beteiligungsverfahren mit Anwohnenden, Gewerbetreibenden und Eigentümern vor Ort durchzuführen?
8. Welche Akteure sollen künftig in einem regelmäßigen Beteiligungsformat vertreten sein?
9. Wer übernimmt die Koordination?

Wiesbaden, den 13.08.2026

Yanki Pürsün